



## Humanität hat Vorrang – besonders in der Flüchtlingspolitik

Angesichts leicht gestiegener Flüchtlingszugangszahlen spricht Bundesinnenminister Friedrich vorschnell von „Asylmissbrauch“ und „Wirtschaftsflüchtlingen“. Zudem wird einfach von manchen Medien behauptet, dies würde auf über 90 % der Asylbewerber zutreffen. Dagegen weist das dem BMI unterstehende Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in seiner öffentlich zugänglichen Statistik für die Monate Januar bis Oktober 2012 eine „Schutzquote“ von 31,1% (aus den 10 Hauptherkunftsländern gar 34,7%) auf. Rechnet man die „sonstigen Verfahrenserledigungen“, die in etwa 20-25% ausmachen, von der Zahl der Asylerstanträge ab (schließlich wurden dabei keinerlei Asylgründe geprüft), erreicht die „Schutzquote“ für Flüchtlinge aus allen Herkunftsländern 40,4% (aus den 10 Hauptherkunftsländern 44,3%). Hinzurechnen müsste man dann noch die abgelehnten Flüchtlinge, die in dem gleichen Zeitraum vor den Verwaltungsgerichten Klage eingereicht und dabei zu 12,6% Erfolg hatten (vgl. BT-Drucksache 17/112)

Zu den größten Gruppen der AsylantragstellerInnen zählten bisher in 2012 Flüchtlinge aus Serbien, Afghanistan, Syrien, Irak, Mazedonien, Iran und Pakistan. Wir kritisieren, dass die Flüchtlinge aus Serbien und Mazedonien im Schnellverfahren angehört und abgelehnt werden, während Flüchtlinge mit guten Aussichten auf eine Aufenthaltserlaubnis jetzt noch länger auf die Bearbeitung ihrer Asylanträge warten müssen. Auch der seit Oktober 2012 praktizierte Einsatz früherer Angehöriger der Bundespolizei und der Bundeswehr als Asylanhörer, häufig ohne ausreichende Qualifizierung, kennzeichnen die Hektik und den unsachgemäßen Umgang mit der Zunahme an Asylanträgen.. Dies drückt sich auch in der Asylgeschäftsstatistik des BAMF, wonach die Zahl der positiven Entscheidungen innerhalb eines Monats von 29,0 % im September auf 13,3 % im Oktober 2012 gesunken ist bzw. gesenkt wurde.

### ***Angesichts dieser Situation fordert der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg:***

- 1. Keine pauschalen Ablehnungen und Schnellverfahren, sondern eine faire, gründliche und unvoreingenommene Prüfung von Asylanträgen für alle Flüchtlinge**
- 2. Bereitstellung von genügend und angemessenem Wohnraum**
- 3. Besonnenheit in der politischen Debatte um Asylsuchende und ein Ende von Unterstellungen wie z. B. „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Asylmissbrauch“**
- 4. Seriöse Berichterstattung in den Medien, die der äußerst prekären Lebenssituation der Minderheiten in Südosteuropa gerecht wird**
- 5. Abschiebestopp im Winterhalbjahr 2012/13 für die den Minderheiten in Südosteuropa angehörenden Menschen - sowie weiterhin Visumfreiheit für**

Flüchtlingsrat Baden-  
Württemberg e.V.  
Gemeinnützig anerkannt

Geschäftsstelle:  
70182 Stuttgart  
Urbanstr. 44  
Fon: 0711-55 32 834  
Fax: 0711-55 32 835  
[info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)  
[www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)

Spendenkonto:  
BW-Bank  
Kto. Nr. 3517930  
BLZ 600 501 01

Registergericht  
Stuttgart VR 4666



Gefördert durch  
die Europäische Union /  
Europäischer Flüchtlings-  
fonds (EFF) / Europäischer  
Sozialfonds (ESF)

UNO-Flüchtlingshilfe e.V.  
Pro Asyl

## **Menschen aus Serbien und Mazedonien und kein Druck auf Serbien und Mazedonien zur Verhinderung der Ausreise von Minderheiten**

**6. Europa muss sich zu seinen Werten bekennen: Schaffung einer verbesserten menschenrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in Südosteuropa mit Lebensperspektiven für alle Menschen, insbesondere für die Angehörigen von Minderheiten**

**7. Unbürokratische Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien**

### **1. Keine pauschalen Ablehnungen und Schnellverfahren, sondern eine faire, gründliche und unvoreingenommene Prüfung von Asylanträgen für alle Flüchtlinge**

Seit Aufhebung der Visapflicht für Menschen aus Serbien und Mazedonien im Jahr 2009 kommen vermehrt AsylbewerberInnen aus diesen Ländern nach Deutschland. In der Mehrzahl gehören sie der Minderheit der Roma an. Seitdem kam es bereits im Sommer 2009 und 2010 zu einem saisonbedingten Anstieg und einem Rückgang der Zahlen nach dem Winter. Mit beschleunigten Asylablehnungen vom Fließband versucht man sich der vielfältigen Problemstellung zu entledigen. Allein vom 1. bis 24. Oktober 2012 wurden 3.929 Entscheidungen zu den Herkunftsländern Serbien und Mazedonien getroffen. Aufschlussreich ist ein Textbaustein, der sich so in vielen ablehnenden Bescheiden bzgl. der nationalen Minderheit der Roma aus Serbien findet:

*„Roma leben in Serbien seit jeher am Rande der Gesellschaft zum Teil unter elenden Verhältnissen. Sie werden im Allgemeinen von der übrigen Zivilbevölkerung zwar abgelehnt, aber geduldet. Roma gehören meist den untersten sozialen Schichten der Bevölkerung an; dabei kommt es zu Benachteiligungen durch die Behörden, parallel zu den in der Gesellschaft bestehenden Vorurteilen.“*

Diese Einschätzung der Behörde schützt allerdings niemanden vor der Ablehnung. Dabei befinden sich die Minderheiten, insbesondere die nationale Minderheit der Roma in den südosteuropäischen Ländern in einer äußerst vielschichtigen Problemlage, die einer sorgfältigen individuellen Abwägung der Fluchtgründe bedarf. Die Tatsache, dass die deutsche Regierung dieser Minderheit pauschal unterstellt, vorwiegend aus wirtschaftlichen Gründen um Asyl nachzufragen, und das vorrangige und beschleunigte Abarbeiten der anhängigen Fälle der nationalen Minderheit der Roma lassen auf eine eklatante Voreingenommenheit gegenüber diesen Menschen schließen. **Immerhin gelten weder Serbien noch Mazedonien als sichere Herkunftsländer und man kann keineswegs davon ausgehen, dass diese Minderheiten dort in Sicherheit leben und ihre Menschenrechte in Frieden ausüben können.** Neben mangelhafter Grundversorgung und einer starken Ausgrenzung von der Teilhabe an Bildung und Arbeitsmarkt sind die Minderheitenangehörigen von einer systematischen Diskriminierung durch die Mehrheitsgesellschaft und auch durch staatliche Stellen betroffen. Laut Handbuch des UNHCR kann Diskriminierung als Fluchtgrund gewertet werden, insbesondere dann, wenn Menschen deshalb kaum noch in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Auch nach Auffassung des UNHCR ist rassistische Diskriminierung eine der deutlichsten Menschenrechtsverletzungen, die bei der Prüfung des Flüchtlingsstatus berücksichtigt werden muss - zumindest in der Abwägung, ob subsidiärer Schutz angebracht ist.

Die Überlegungen von Bundesinnenminister Friedrich, Serbien und Mazedonien zu sicheren Herkunftsländern deklarieren zu lassen - was allerdings nur im europäischen Kontext möglich ist - sind weder akzeptabel noch sachlich begründbar. Was dahinter steckt, wird ganz offen gesagt: Die Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 deutlich erhöht werden müssen, sollen wieder abgesenkt bzw. genau diesen Gruppen vorenthalten werden. Die zentrale Aussage der Verfassungsgerichtsentscheidung („Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht relativierbar“) würde damit schlicht beiseite gewischt.

Auf einen weiteren Aspekt weist das Behandlungszentrum „Refugio Stuttgart“ in seinem Newsletter vom 8.11.2012 hin: *„Neben persönlicher und physischer Gewalt, wie Schläge, Vergewaltigung etc., die die Flüchtlinge aktuell erlitten haben, kommen traumatische Erinnerungen an die Bombennächte während des Krieges der NATO gegen Serbien, an dem Deutschland mitgewirkt hat. Nach der EU-Aufnahmerichtlinie fallen viele Roma unter die Gruppe der besonders schutzbedürftigen Personen.“*

Das Bundesamt zieht die Asylverfahren vor allem der nationalen Minderheit der Roma vor, zum Teil noch mit Anhörungen am Tag der Einreise, um sie möglichst schnell abschieben zu können, und lässt die Anträge anderer Flüchtlinge liegen. Das bedeutet, dass alle AsylbewerberInnen benachteiligt werden, die nationale Minderheit der Roma durch unfaire Schnellverfahren, die anderen Flüchtlinge durch monatelanges Warten auf Anhörung und Entscheidung.

## **2. Bereitstellung von genügend und angemessenem Wohnraum**

Zu Recht werden mancherorts überfüllte Unterkünfte mit teilweise unzumutbaren Wohnverhältnissen beklagt, z. B. auch in der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe. Diese Situation ist in erster Linie damit zu erklären, dass die Aufnahme- und Anhörungskapazitäten in Deutschland und auch in Baden-Württemberg in den Jahren der zurückgehenden AsylbewerberInnenzahlen drastisch zurückgefahren wurden. 1992 waren es 438.000 Asylbewerber, dann sank die Zahl bis zum Jahr 2007 kontinuierlich bis auf 19.100 aufgenommene Personen. Bis 2011 stieg die Zahl wieder auf 45.700 und von Januar bis Oktober 2012 waren es 50.344 Asyl-Erstanträge. Aufgrund dieses Anstiegs, der jedoch um Lichtjahre von den Zugangszahlen von 1992 entfernt ist, hat das BAMF – nicht erst seit diesem Jahr - erhebliche Schwierigkeiten mit der Zahl der durchzuführenden Anhörungen. Dies führt zu einer Verschleppung der Verfahren und zu unnötiger Überfüllung der Gemeinschaftsunterkünfte. In einem Schreiben des BAMF an ein Vorstandsmitglied des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg hieß es: *„...teile mit, dass in dieser Sache das Verfahren zur Entscheidung ansteht, aufgrund der exorbitant erhöhten Zugangszahlen von Antragstellern aus den Staaten des Balkan derzeit jedoch eine vorübergehende Erhöhung der Verfahrensdauer für Antragsteller aus anderen Herkunftsländern unvermeidlich ist“*. Aber nicht nur der höhere Zugang sondern auch die teilweise extrem lange Verweildauer von Flüchtlingen in den Gemeinschaftsunterkünften, für die kein externer Wohnraum zur Verfügung gestellt wird, trägt zu diesem Zustand bei. Das Problem ist also weitgehend vom BAMF und den Landesbehörden „hausgemacht“.

## **3. Besonnenheit in der politischen Debatte um Asylsuchende und ein Ende von Unterstellungen wie z. B. „Wirtschaftsflüchtlinge“ oder „Asylmissbrauch“**

Der Bundesinnenminister und andere haben in den letzten Wochen durch sachlich unbegründete und verfassungsrechtlich nicht hinnehmbare Äußerungen eine gefährliche Debatte auf dem Rücken vor allem der Flüchtlinge der nationalen Minderheit der Roma ausgelöst. Über die gestiegene Zahl neu ankommender Flüchtlinge aus diesem Personenkreis aus Serbien und Mazedonien wird öffentlich behauptet, sie würden wegen erhöhter Bargeldleistungen kommen. Dabei betreffen die erhöhten Leistungen in den meisten Stadt- und Landkreisen in Baden-Württemberg bislang lediglich das Taschengeld, beruhend auf dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012. Darin hat es klar gemacht, dass das Existenzminimum für alle Menschen in Deutschland gleich ist, ob Deutsche/r, Migrant/in oder Flüchtling. Das höchste deutsche Gericht hat die bisherigen Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz als *„evident unzureichend“* und als Verstoß gegen die Menschenwürde und das Sozialstaatsgebot bezeichnet. Die vom Bundesinnenminister ins Spiel gebrachte Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes, um für bestimmte Gruppen die Beträge zu kürzen, ist verfassungswidrig. **Außerdem ist in praktisch allen anderen EU-Staaten und in der Schweiz die Zahl der der nationalen Minderheit der Roma angehörenden Flüchtlinge ebenfalls angestiegen, obwohl es dort kein solches Urteil eines Verfassungsgerichts gibt.**

Abwertende Äußerungen über die nationale Minderheit der Roma von Seiten der Politik und in einigen Medien leisten dem Rassismus in der Bevölkerung Vorschub. Wozu dies Anfang der 1990er Jahre geführt hat, ist bekannt.

Viel spricht gegen die Aufforderung des Bundesinnenministers an die Länder, AsylbewerberInnen statt Geld nur noch Sachleistungen zu gewähren. Nicht ohne Grund zahlen viele Kommunen mittlerweile Geldleistungen aus. Für die Verwaltungen ist dies unbürokratischer und kostengünstiger.

Nachdem das Sachleistungsprinzip in vielen Bundesländern ganz oder weitgehend abgeschafft ist, wäre es unzumutbar, diese auf Abschreckung zielende Form der Leistungsgewährung wieder einzuführen und

würde auch unweigerlich zu einer Ungleichbehandlung führen, da sie nicht im ganzen Bundesgebiet wieder eingeführt werden kann.

#### **4. Seriöse Berichterstattung in den Medien, die der äußerst prekären Lebenssituation der Minderheiten in Südosteuropa gerecht wird**

Eine solche Berichterstattung vermissen wir leider bislang größtenteils. Dabei stellte die EU-Kommission Ende August 2012 in ihrem [dritten Bericht zur Visaliberalisierung](#) erneut fest, dass die nationale Minderheiten der Roma in allen Staaten Südosteuropas einer umfassenden Diskriminierung ausgesetzt sind, die sie an der Ausübung grundlegender Rechte wie beispielsweise dem Zugang zu Bildung und Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Arbeitsmarkt hindert. Von den in Serbien und Mazedonien lebenden Angehörigen dieser Minderheit müssen über 60% unterhalb der Armutsgrenze „leben“. Die meisten von ihnen „wohnen“ in Behelfshütten in slumartigen Siedlungen. Allein für den Raum Belgrad spricht die serbische Regierung offiziell von 600 solcher „informellen Siedlungen“. Ihre BewohnerInnen haben keinen Zugang zu sauberem Wasser, Kanalisation, Strom, medizinischer Versorgung und anderen Basisdiensten. **Bei einer durchschnittlichen Lebenserwartung von 46 Jahren erlebt nur eine/r von 100 Angehörigen der nationalen Minderheit der Roma überhaupt das 60. Lebensjahr, die Kindersterblichkeit liegt um das Dreifache über dem Landesdurchschnitt.** Nur ca. 40% ihrer Kinder besuchen eine Grundschule. Sie werden systematisch ausgegrenzt. Dieselbe Diskriminierung erfahren sie auf dem Arbeitsmarkt. 63% von ihnen hatten nie eine Festanstellung. Viele arbeiten als Tagelöhner im informellen Sektor oder leben vom Müllsammeln. 25% der Müllsampler sind Jugendliche. Sie verdienen ca. 4 Euro pro Tag. Die Regierungen Serbiens und Mazedoniens geben den Druck, der von der EU und der deutschen Regierung zur Reduzierung der Zahl der Flüchtlinge ausgeübt wird, verstärkt insbes. an die nationale Minderheit der Roma weiter. So ist man dazu übergegangen, sie als „Scheinasylanten“ zu bezeichnen und sie in ihren Wohnvierteln mit Kontrollen und Zwangsräumungen zu schikanieren. In der Öffentlichkeit wird ein Klima rassistischer Ressentiments geschürt. **Die Gewaltbereitschaft gegenüber der nationalen Minderheit der Roma hat deutlich zugenommen und die Regierungen schützen diese Menschen nicht (ausreichend) vor Übergriffen.**

#### **5. Abschiebestopp im Winterhalbjahr 2012/13 für die den Minderheiten in Südosteuropa angehörenden Menschen - sowie weiterhin Visumfreiheit für Menschen aus Serbien und Mazedonien und kein Druck auf Serbien und Mazedonien zur Verhinderung der Ausreise von Minderheiten**

Um die schlimmste Not für diese Flüchtlinge abzuwenden, wäre zumindest ein Abschiebestopp für das Winterhalbjahr geboten. Mit den bei freiwilliger Rückkehr gewährten 50 € pro Person, max. 150 € pro Familie, sind sie nicht in der Lage, die fundamentalen Dinge wie Baumaterial oder Brennholz zu besorgen. Wer abgeschoben wird, geht sowieso leer aus. Unter solchen Umständen ist das Überleben dieser Menschen und ihrer Kinder im Winter völlig dem Zufall überlassen.

Solange Deutschland und die EU den Herkunftsländern der nationalen Minderheit der Roma mit der Aussetzung der Visafreiheit drohen, wird der Druck auf die Flüchtlinge weiterhin zunehmen. Auf Drängen der EU bereitet Serbien ein Gesetz vor, wonach Asylbewerber/Innen nach ihrer Rückkehr strafrechtlich verfolgt werden. RückkehrerInnen aus den EU-Ländern würden dadurch Strafverfolgung, Passenzug und Ausreiseverbote drohen. Das widerspricht eindeutig der Europäischen Menschenrechtskonvention, die das Recht zum Verlassen eines jeden Landes einschließlich des eigenen garantiert, [wie auch der Menschenrechtskommissar Thomas Hammarberg bereits im September 2011 betonte](#). Zudem widerspricht die Politik der EU eklatant der Idee des Asylrechts, da sie Staaten aufruft, Bürgern zu verbieten, anderswo Schutz zu suchen. „Asyl zu ersuchen ist ein Menschenrecht, und wer Gründe für einen Schutzstatus anführen kann, dem muss ein solcher Status auch zugesprochen werden“, so Hammarberg. Und nicht zuletzt leisten die von der EU verlangten Maßnahmen Rassismus und Diskriminierung Vorschub. Denn es sind meist die Angehörigen schwer diskriminierter und daher oft zum Leben im Elend verdammt Minderheiten, die in der EU Asyl suchen. Gerade sie geraten nun bei der Ausreise ins Visier der einheimischen Grenzer: „Es sind die Minderheiten, vor allem Roma, die hier getroffen werden. Nicht jeder kann bei der Ausreise überprüft werden, die Selektion basiert auf

„profiling“. Das Resultat ist eine weitere Ebene der Diskriminierung dieser Minderheit“, warnt Thomas Hammarberg. **So fällt paradoxerweise der Druck, den die EU auf Serbien und Mazedonien zur Verhinderung von Asylanträgen ausübt, in Form von vermehrten Asylanträgen auf sie selbst zurück.**

Die katholische Kirche hat sich auch kritisch zur Lage der nationalen Minderheit der Roma geäußert:

„Die katholische Kirche hat die deutsche Asylpolitik und den Umgang mit Sinti und Roma scharf kritisiert. Ihre Behandlung sei ‚geradezu unverschämt‘ und bediene nur den ‚Antiziganismus‘, sagte der Vizevorsitzende der Migrationskommission der Deutschen Bischofskonferenz, Weihbischof Dieter Geerlings, im Interview der Münsteraner Bistumszeitung *Kirche + Leben* (Freitag). Sinti und Roma seien Armut- und keine Wirtschaftsflüchtlinge. In Serbien und Mazedonien würden sie diskriminiert und vom Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie von Bildung ausgeschlossen. Im Winter kämpften sie ‚ums nackte Überleben‘.“ (kna, 7. November 2012)

**6. Europa muss sich zu seinen Werten bekennen: Schaffung einer verbesserten menschenrechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in Südosteuropa mit Lebensperspektiven für alle Menschen, unabhängig davon, ob sie einer Minderheit angehören. Es muss einen aktiven Minderheitenschutz durch Förderprogramme geben, der es den Roma und anderen Minderheiten erlaubt, ein menschenwürdiges Leben zu führen.**

Europa hat ein Minderheiten- und kein Flüchtlingsproblem. Die Lebenssituation der nationalen Minderheit der Roma als „Balkanangelegenheit“ abzutun, wäre eine fatale Fehleinschätzung. Die Jahrhunderte währende Diskriminierung - die Massenvernichtung von Sinti und Roma in Nazideutschland bis hin zur französischen und deutschen Abschiebepolitik des 21. Jahrhunderts - zieht sich als roter Faden von Diskriminierung und Ermordung von Sinti und Roma quer durch Europa. In vielen Roma-Familien gibt es eindrucksvolle Erinnerungen an Verwandte, die den von Deutschland und seinen Vasallen verübten Völkermord nicht überlebt haben. In Serbien wurden mehrere Zehntausende Roma und Juden im Rahmen von so genannten Vergeltungsaktionen von Wehrmachtsoldaten erschossen. Abertausende starben in den Konzentrationslagern Banjica und Sajmište (Belgrad) und Crveni Krst (Niš).

**Die Staatengemeinschaft sollte endlich gemeinsam den Mut aufbringen, aktive Verantwortung zu übernehmen.** Mit der Enthüllung von Denkmälern ist es nicht getan. Ebenso wenig macht es Sinn, Gelder zur Integration von Minderheiten in diese Länder zu pumpen und nicht zu kontrollieren, wer am Ende davon profitiert. D. h., es sind dort auch strukturelle Änderungen unerlässlich. **Die Herkunftsländer sollten ermutigt und darin unterstützt werden, die nationalen Minderheiten der Roma in ihre Gesellschaften zu integrieren. Die in Deutschland und anderen europäischen Staaten teilweise schon lange lebenden Minderheiten der Roma sollten endlich integriert werden und dauerhaft eine Heimat mit gleichberechtigter Teilhabe am gesellschaftlichen Leben finden.**

## **7. Unbürokratische Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen aus Syrien**

Die Situation für die Menschen in Syrien verschärft sich von Tag zu Tag, auch wenn man sich keine Steigerung mehr vorstellen kann. Vor allem für die Flüchtlinge innerhalb des Landes und die Flüchtlinge, die außer Landes in Richtung Europäische Union/Deutschland fliehen. Zu Letzteren gab es in den vergangenen Wochen einige informative Beiträge in verschiedenen Medien (z. B. in der ARD Tagesschau und im Magazin Panorama). Von den bis zu 700.000 Flüchtlingen, die dieser Bürgerkrieg nach Schätzung des UNHCR bis zum Jahresende 2012 verursacht hat, haben bisher 4.606 einen Asylantrag in Deutschland gestellt. Das ist eine vergleichsweise sehr geringe Zahl. Trotz der Beteuerungen der Bundesregierung, sich für den Schutz syrischer Flüchtlinge einzusetzen, schaffen es nur ganz wenige Flüchtlinge bis nach Deutschland. Die meisten, die einen Weg in die Europäische Union finden, landen in griechischen Asyl-Haftlagern. Der UNHCR schlägt deswegen eine großzügige Aufnahme syrischer Flüchtlinge per Resettlement vor sowie eine Erleichterung und Erweiterung der Familienzusammenführung (vgl. Pressemitteilung des UNHCR vom 4.12.2012: „Nachzug von Familienangehörigen erleichtern.“)

Eine notwendige Familienzusammenführung der Flüchtlinge ist sehr schwer, zumal die Deutsche Botschaft in Damaskus seit langem geschlossen ist. Die Lage der Menschen im Bürgerkrieg wird sehr

deutlich in dem Newsletter der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) vom November 2012 beschrieben:

**„Ban Ki-moon: Regionale Katastrophe mit globalen Auswirkungen“.**

Das UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR) bereitet vor Inkrafttreten der Waffenruhe humanitäre Hilfslieferungen für Zivilisten in schwer zugängliche Gebiete vor. Insgesamt sind rund 2,5 Millionen Syrer dringend auf humanitäre Hilfe angewiesen. Mehr als 340.000 Menschen sind in die Nachbarländer geflohen, bis Ende des Jahres könnten es 700.000 sein. UNHCR fürchtet, dass sich mehrere Zehntausende nicht-registrierte Flüchtlinge in den Nachbarstaaten aufhalten. Weit über eine Million Syrer sind außerdem innerhalb der Landesgrenzen auf der Flucht.

Die Sicherheitslage verschlechterte sich in den vergangenen Wochen weiter. Angriffe auf Zivilpersonen nahmen zu. Immer häufiger seien Kinder unter den Todesopfern, wie die Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Kinder und bewaffnete Konflikte, [Leila Zerrougui](#), mitteilte. Die Weltgesundheitsorganisation WHO zeigte sich besorgt über Angriffe auf syrische Krankenhäuser. Seit Beginn der Aufstände gegen die Regierung Assads kamen nach UN-Angaben inzwischen mehr als 20.000 Menschen ums Leben.

Zuletzt waren die Spannungen zwischen Syrien und der Türkei eskaliert, nachdem Anfang des Monats mindestens sechs türkische Zivilisten im Grenzgebiet durch syrische Geschosse getötet worden waren. Der Vorfall wurde von den UN und international scharf verurteilt. Die internationale Beunruhigung über einen möglichen Flächenbrand in der Region wuchs. Ein Bombenanschlag im Libanon, bei dem Mitte Oktober der Chef des Polizeigeheimdienstes getötet wurde, löste erneut Besorgnis aus. Infolge des Attentats war es zu Unruhen und gewalttätigen Auseinandersetzungen im Libanon gekommen. Befürchtungen, der syrische Bürgerkrieg könne nun endgültig auf das Nachbarland übergreifen, erhärteten sich. [Brahimi warnte](#) vor ernstesten Konsequenzen des Konflikts für die syrische Bevölkerung, die Region und die gesamte Welt. [UN-Generalsekretär Ban Ki-moon](#) sprach angesichts der dramatischen Lage von einer "regionalen Katastrophe mit globalen Auswirkungen". Die einzige Option sei eine "politische Lösung durch politischen Dialog, geführt vom syrischen Volk."

**Col: Schwerste Menschenrechtsverletzungen** Eine Verschlechterung der Lage in Syrien sieht auch [Paulo Pinheiro](#), Vorsitzender der Unabhängigen Internationalen Untersuchungskommission für Syrien (Independent International Commission of Inquiry on Syria, Col): "Der Bürgerkrieg ist viel akuter und viel ernster als vor einem Monat", teilte er Mitte des Monats mit. Insbesondere Kinder, Frauen und Ältere würden unter der anhaltenden Gewalt leiden. In ihrem letzten [Bericht](#) hatte die Col eine starke Zunahme schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen, insbesondere Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, festgestellt. Ende September hatte der UN-Menschenrechtsrat das [Mandat der Col verlängert und erweitert](#). Nach wie vor werden die Experten nicht in das Land gelassen."

## Quellen/Informationen über Minderheiten in/aus Südosteuropa unter:

Europäische Kommission, 3. Bericht zur Visaliberalisierung

<http://www.eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2012:0472:FIN:EN:PDF>

Regional Centre for Minorities <http://www.minoritycentre.org>

Bericht des Regional Centre for Minorities (RCM) in deutscher Sprache als PDF Download unter

[www.frnw.de/news/publikationen](http://www.frnw.de/news/publikationen)

[http://www.ggua.de/fileadmin/downloads/Rueckkehrer\\_Reisefreiheit/Chachipe\\_Visa\\_liberalisation\\_report\\_270612.pdf](http://www.ggua.de/fileadmin/downloads/Rueckkehrer_Reisefreiheit/Chachipe_Visa_liberalisation_report_270612.pdf)

Filmische Dokumentation von Katrin Schniders unter <http://youtu.be/SrJ7ldvRRpE>

MdB Josef Winkler (Bündnis 90/Die Grünen) Brief an die grünen Abgeordneten zur aktuellen Asyldebatte

[Josef.Winkler@wk.bundestag.de](mailto:Josef.Winkler@wk.bundestag.de) Fragestunde im Bundestag am 7. 11.2012, Antwort auf Frage des Abgeordneten Winkler:

„Durch die seitens des BAMF getroffenen Beschleunigungsverfahren ist es gelungen, die durchschnittliche Verfahrensdauer bei Asylbewerbern aus Serbien und Mazedonien auf 1,3 Monate zu senken. Für Erstanträge, die ab dem 1. Oktober gestellt wurden, beträgt die Verfahrensdauer gegenwärtig durchschnittlich 14 Tage. Alleine im Oktober 2012 wurden 2.347 Entscheidungen zu Serbien und 1.582 zu Mazedonien getroffen.“

Arbeitsübersetzung von Concluding Observations UN Human Rights Committee, 106. Sitzung, 15.10. bis 2.11. 2012 (Auszug, vorläufige Fassung) [heiko.habbe@jesuiten-fluechtlingsdienst.de](mailto:heiko.habbe@jesuiten-fluechtlingsdienst.de)

Gemeinsame Erklärung der Prälaten Jüsten und Felzberg vom 23.10.2012 zur Debatte um Schutzsuchende in Deutschland  
Pressestelle EKD <http://www.ekd.de/presse/397.html>

Ein Teufelskreis aus Armut und Diskriminierung von Ralf Borchard, ARD-Hörfunkstudio Wien, gesendet am 24.10.2012  
<http://www.tagesschau.de/ausland/sinti-roma100.html>

Mazedonien Aussetzung der Visafreiheit verhindern , Ralf Borchard. BR-Hörfunkstudio Wien 25.10.2012

Mazedonien + Reisefreiheit : <http://www.dw.de/keine-ausreise-f%C3%BCr-asylbewerber/a-15862475>

UNICEF-Studie zur Situation von abgeschobenen Roma-Kindern „Stilles Leid“ März 2012

<http://www.unicef.de/presse/2012/unicef-studie-roma-kinder/>

Reportage im Tagesspiegel <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/sinti-und-roma-geraubte-kindheit/7290432.html>

Innenminister Friedrich zu“ Hartz IV-Missbrauch“ und schnelleren Asylverfahren

<http://www.tagesspiegel.de/politik/sofortmassnahmen-gegen-asylmissbrauch-innenminister-fridrich-will-schnellere-asylverfahren/7251072.html>

SWR 2 Kontext Gespräch mit Angelika v. Loeper:

<http://www.swr.de/swr2/programm/sendungen/kontext/-/id=4352076/nid=4352076/did=10355956/1i3ojo/index.html>

T. Hammarberg: [http://www.commissioner.cws.coe.int/tiki-view\\_blog\\_post.php?postid=193](http://www.commissioner.cws.coe.int/tiki-view_blog_post.php?postid=193)

[http://mediathek.daserste.de/sendungen\\_a-z/311210\\_menschen-bei-maischberger/12516638\\_feindbild-sinti-und-roma-sind-wir-zu-intolerant](http://mediathek.daserste.de/sendungen_a-z/311210_menschen-bei-maischberger/12516638_feindbild-sinti-und-roma-sind-wir-zu-intolerant)

<http://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/reportagen/moma-Reporter-Warum-kommen-jetzt-so-viele-Asylbewerber-100.html>

Norbert Mappes-Niediek, Das Elend der Roma und die Ökonomie der Armut, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2012, S. 73-83

Ders., Arme Roma - böse Zigeuner: Was an den Vorurteilen über die Zuwanderer stimmt (ein Faktencheck), Christoph Links Verlag, Berlin 2012

**[Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege \(30.11.2012\): Aktuelle Debatte um Asylanträge aus Serbien und Mazedonien. \[PDF\] Brief an die Innenministerkonferenz](#)**

**[PRO ASYL \(03.12.2012\) Positionspapier: Populismus aus dem Bundesinnenministerium. Zu den Vorschlägen des Bundesinnenministers zum Umgang mit Asylsuchenden aus Serbien und Mazedonien \[PDF\]](#)**

### **Links zu Syrien:**

UNHCR (4.12.2012): Syrien-Konflikt: Nachzug von Familienangehörigen erleichtern. Online verfügbar unter: [www.unhcr.de tagesschau.de](http://www.unhcr.de/tagesschau.de) (08.11.2012): [Der Weg der Flüchtlinge in die EU. Die syrische Tragödie erreicht Europa](#) (mit Link zu Filmbetrag NDR Panorama vom 8.11.2012: [Flüchtlingsdrama - Deutschland lässt Syrer im Stich](#))

[tagesschau.de](#) (27.09.2012): [UNO rechnet mit 700.000 Flüchtlingen aus Syrien](#)

[Pro Asyl](#) (27.07.2012): [Syrien: Flüchtlinge mehr und mehr in Bedrängnis](#)

Schweizerische Flüchtlingshilfe: Herkunftsland Syrien. Online verfügbar unter <http://www.fluechtlingshilfe.ch/herkunftslander/arabia/syrien>